

jung.sozialistisch.

Der Newsletter der Jusos in der SPD Dresden. Ausgabe 5/12

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Termine	3
Bildungsdemonstration	3
Mitgliederversammlung: Sozialismus des 21. Jahrhunderts	5
AK Wiso	9
Unterbezirkskonferenz	10
Redaktion	10

Vorwort



von *Stefan Engel* - Liebe Jusos,

drei Stunden hat es gedauert. Nein, die Rede ist nicht von einer mal wieder zu lange geratenen Vorstandssitzung, sondern von unserer ersten Unterbezirkskonferenz in diesem Jahr. Für 14 teilweise auch kontrovers diskutierten Anträge und der Wahl von immerhin 18 LDK-Delegierten keine schlechte Zeit. Hier möchte ich noch einmal allen AntragsstellerInnen danken, die sich die Mühe gemacht haben, ihre Ideen und Vorstellungen in Antragsform zu gießen. Auch davon lebt unser Verband, denn auf konkrete gesellschaftliche Probleme sollten auch wir adäquate Antworten haben. Das ist ein gewisser Anspruch, dem wir aber in den letzten Jahren fast immer gerecht werden konnten.



Wenn ich nun schon bei unserem Verband bin, möchte ich auch einen ersten kleinen Rückblick wagen. Seit einem halben Jahr darf ich hier das Vorwort schreiben. Der "neue" Vorstand hat sich gefunden, die Arbeit läuft weitgehend reibungslos, der Verband hat den fast vollständigen Personalwechsel überlebt. Soweit das positive - ich hoffe, dass das auch so bleibt. Aber natürlich gibt es Baustellen, wo auch ich mir etwas mehr erhoffe: Es gelingt uns nur zum Teil, immer genug Leute für Aktionen und Veranstaltungen zu gewinnen. Das hat verschiedene Gründe: So sprudeln die Neumitglieder nicht gerade in Massen, viele ehemals aktive Leute haben sich ein bisschen zurückgezogen und eine Vielzahl von GenossInnen sitzen parallel noch in diversen anderen (SPD-)Gremien. Besonders letzteres ist in erster Linie etwas sehr positives, doch stellt sich natürlich für uns die Frage, wie wir noch mehr Leute für die Juso-Arbeit begeistern können. Alternative Veranstaltungsformate wie der Juso-Brunch, das Kamingsgespräch oder demnächst unsere Reihe "Jusos vor Ort" sind wichtige Bausteine, doch es braucht noch mehr. Zielgruppengerechte Ansprache lautet ein oft gebrauchtes Schlagwort, aber umso schwerer ist es in der Realität umzusetzen. Wir haben zu wenig SchülerInnen und Azubis in unseren Reihen. Doch lässt sich das kurzfristig ändern? Ich weiß es nicht, aber andere Jusoverbände scheinen es zu schaffen. Steigerungsraten von 300 Prozent in den letzten zwölf Jahren in der Altersgruppe der 14- bis 21-Jährigen werden da offensiv kommuniziert. Hier haben wir Nachholbedarf, aber ihr könnt euch sicher sein, dass wir an dem Thema dranbleiben und dass es auch schon erste derartige Überlegungen gibt.

In eine ganz andere Richtung geht eine weitere Überlegung: Die Jusos sind ein offener Verband, der auch für Nichtmitglieder geöffnet ist und jeden mitmachen lässt. Bei uns in Dresden gibt es praktisch keine Veranstaltung, wo wir Nichtmitglieder nicht mitmachen lassen. Wir wissen das, aber wissen das auch die Menschen da draußen? Wir müssen offensiver nach außen gehen und klarmachen, dass wir ein politischer Jugendverband sind, der sich über neue Leute freut und der jeden, der zumindest mit unseren Grundwerten übereinstimmt, gerne aufnimmt. Also habt keine Scheu auch mal interessierte Freundinnen und Freunde mitzubringen und ihnen zu zeigen, wie "diese Jusos" eigentlich so sind.

Genug der theoretischen Überlegung. Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen des neuen Newsletters und hoffentlich sehen wir uns im Mai auf einer unserer zahlreichen Veranstaltungen!

Für Rückfragen, Ergänzungen oder sonstige Vorschläge stehe ich euch jederzeit unter stefan.engel.dd@googlemail.com zur Verfügung.



Termine

- 03.05.2012, 19.00 Uhr: Juso-Unterbezirksvorstand, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20, Dresden)
- 03.05.2012, 19.00 Uhr: Von der Diktatur zur Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung), Festsaal des Stadtmuseums Dresden (Wilsdruffer Straße 2, Dresden)
- 05.05.2012, 11.00 Uhr: Dresdner Frühjahrgespräch 2012 – Für einen Pakt aller Demokraten gegen Finanz-Zyniker und Spekulanten (Friedrich-Ebert-Stiftung), Festsaal des Stadtmuseums Dresden (Wilsdruffer Straße 2, Dresden)
- 06.05.2012, 17.30 Uhr: Wahlparty Landtagswahl Schleswig-Holstein + Tatort, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20, Dresden)
- 07.05.2012, 19.00 Uhr: Dresden aktuell – Strehlen 2020 (Herbert-Wehner-Bildungswerk), Internationales Begegnungszentrum (Heinrich-Zille-Straße 6, Dresden)
- 08.05.2012, 19.00 Uhr: AK Internationales zum Thema Syrien, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20, Dresden)
- 08.05.2012, 18.00 Uhr: Rechter Terror in Sachsen: Gefahr erkannt - Gefahr gebannt? (Friedrich-Ebert-Sti.), Gemeindehaus der Jüdischen Gemeinde zu Dresden (Hasenberg 1, Dresden)
- 09.05.2012, 16.50 Uhr: Jusos vor Ort: Landtagsführung (nur mit Anmeldung), Sächsischer Landtag (Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, Dresden)
- 10.05.2012, 19.00 Uhr: Mitgliederversammlung der Jusos Dresden, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20, Dresden)
- 13.05.2012, 16.00 Uhr: Wahlparty Landtagswahl Nordrhein-Westfalen + Grillen, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20, Dresden)
- 14.05.2012, 19.00 Uhr: AK Integration, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20, Dresden)
- 15.05.2012, 19.00 Uhr: AK Kommunales, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20, Dresden)
- 16.05.2012, 19.00 Uhr: SPD-Unterbezirksvorstand, Herbert-Wehner-Saal (Könneritzstraße 3, Dresden)
- 23.05.2012, 18.00 Uhr (!): AK Wirtschaft und Soziales, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20, Dresden)
- 24.05.2012, 19.00 Uhr: Juso-Unterbezirksvorstand, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20, Dresden)

Bildungsdemonstration

Die Tage länger – die Mittel kürzer! Frühjahrsputz in der Bildungspolitik



von Vincent Drews - Die sächsische Landesregierung kürzt weiter im Bildungsbereich, trotz Lehrermangel, trotz Unterrichtsausfall, trotz zu weniger Lehramtsstudienplätze. Betroffen sind die Studierenden, da viele der Tutorienstellen gestrichen wurden. Betroffen sind auch die Schülerinnen und Schüler, die in teils maroden Schulgebäuden immer häufiger Unterrichtsausfall haben, weil es an Lehrerinnen und Lehrern fehlt und kein Geld für Gebäudesanierung bereit steht. Und betroffen sind die Lehrerinnen und Lehrer,



die durch den Mangel an Kolleginnen und Kollegen eine immer größere Arbeitsbelastung haben, und das mit Arbeitsbedingungen, die im bundesweiten Vergleich weit unten rangieren. Dagegen wird nun protestiert.

Am **10. Mai** versammeln sich Schüler_innen und Studierende in Dresden, um auf die Missstände im sächsischen Bildungssystem aufmerksam zu machen. Sie fordern:

- bedarfsgerechte Neueinstellung von Lehrkräften und ausreichend Referendariatsstellen
- Unterrichtsausfall so zu dokumentieren wie er an den Schulen vorzufinden ist
- den Sanierungstau an Sachsens Schulen zu beheben
- die Stellenkürzungen an den sächsischen Hochschulen bis mindestens 2020 auszusetzen
- den Hochschulen langfristig finanzielle Sicherheit zu geben und damit die Grundlage für mehr unbefristete Anstellungsverhältnisse zu schaffen
- eine zeitgemäße pädagogische Ausbildung im Lehramtsstudium, sowie die notwendige Aufstockung der Lehr-/Studienkapazitäten

Los geht´s für die Studierenden um **14.00 Uhr am Fritz-Förster-Platz**. Die Schülerinnen und Schüler treffen sich **14.30 Uhr am Albertplatz**. Ab 15.30 Uhr sollen sich beide Demozüge am Carolaplatz vereinigen und bis 16 Uhr zum Landtag ziehen, wo die große Abschlusskundgebung stattfinden wird.

Alle Informationen zur Demo und zur Anreise, den Aufruf und Werbematerial findest du unter <http://fruehjahrsputz.blogspot.de/>

Du kannst die Demo unterstützen, indem du:

- den Aufruf unterzeichnest,
- in deinem Freundes- und Bekanntenkreis, an deiner Schule, Hochschule oder deinem Arbeitsplatz Werbung für die Demo machst,
- am 10. Mai mit dabei bist.

Sei am 10. Mai dabei und lass uns gemeinsam der Landesregierung zeigen, dass Bildung kein beliebiger Haushaltsposten ist. Wenn ihr Fragen zur Demo habt, könnt ihr euch an mich unter vincentdrews@googlemail.com wenden.



Mitgliederversammlung: Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Die Mitgliederversammlung der Jusos Dresden im April hatte den "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" zum Thema. Vor vollem Haus gab Christian Mehrmann eine Einführung in die Theorie, basierend auf einer programmatischen Schrift, die zuerst im Jahr 1996 auf Spanisch erschien. Im Anschluss berichtete Jan Liebnitzky, der ein halbes Jahr in Caracas "politische Psychologie" studiert hat, wie dieser Sozialismus in der Praxis aussieht. Für Interessierte hat Christian die Theorie und seine Kritik in einem Essay zusammengefasst:

Warum Marxens Jünger niemand braucht

von Christian Mehrmann - Gerade in Zeiten ökonomischer Krisen ist bisweilen das Gerücht zu vernehmen, dass Karl Marx doch recht hatte und wir über den Sozialismus noch einmal nachdenken sollten. Dabei sind es nicht nur Theoretiker marxistischer Provenienz wie Terry Eagleton oder Slavoj Žižek, sondern auch Berater des US-Finanzministeriums – und mit Nouriel Roubini ein ausgemachter Wirtschaftsexperte –, die in Situationen der ökonomischen Unsicherheit Das Kapital wieder aus der Schublade holen. Mit der Krise, so scheint es, kommt Marx. Geht sie, ist meist auch von seiner Theorie nichts mehr zu hören.

Und Marx hatte ja auch recht – jedenfalls was seine ökonomischen Beschreibungen anging. Die Gesellschaftsordnung aber, die für ihn logisch auf den – ebenso scheinbar logischen – Zusammenbruch des Kapitalismus folgte, kam nicht zustande. Vielmehr besteht Konsens darüber, dass mit dem Kommunismus sowjetischer Prägung auch die gesellschaftliche Theorie des Marxismus in den Jahren 1989/90 unterging. Dem aber ist nicht so, denn in einigen Ländern Mittel- und Südamerikas gibt es den Sozialismus noch. In Venezuela nennt er sich gar zukunftsweisend "Sozialismus des 21. Jahrhunderts", wäre ohne Geld aus Ölverkäufen praktisch nicht finanzierbar und ähnelt eher dem realexistierenden Sozialismus der DDR als dem System der Freiheit und Demokratie, das er verspricht. Aber wie auch schon beim Staatssozialismus der Sowjetunion gibt es auch hier Behauptungen, dieses System sei nicht das, was Marx, Engels und Lenin sich erdacht hatten, sondern eines, das in realiter durch Demokratieförderung und hierarchische Organisation auffällt, und damit die Emanzipation der Arbeiter vom behandelten Objekt zum handelnden Subjekt schlicht negiert. Was der Marxismus wirklich will, weiß deshalb Heinz Dieterich. Er lehrt seit 1977 in Mexiko City und fungierte zeitweise als Berater und Ideengeber für Hugo Chavez. Dieterich hat seine Erkenntnisse in einem Buch zusammengefasst. Es trägt den Titel "Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts" und beginnt so:

"Der erste Lebenszyklus der modernen Gesellschaft nähert sich seinem Ende. Seit



über zweihundert Jahren, von der Französischen Revolution bis in die Gegenwart, hat die menschliche Gattung die beiden großen Wege der Evolution, die ihr zur Verfügung standen, durchschritten: den industriellen Kapitalismus und den historischen (realexistierenden) Sozialismus." Diese Begründung ist bekannt. Von Marxens "Ein Gespenst geht um in Europa" bis Lenins "Was tun?" ersehen sozialistische und kommunistische Programme die Apokalypse, um wie ein Phönix aus ihr emporzuwachsen. Die "bürgerliche Gesellschaft" mit ihren Institutionen der "Nationalen Marktwirtschaft", der "formal-repräsentativen Demokratie", dem "Klassenstaat" und dem "bürgerlichen Subjekt" hätten ausgedient. Sie hätten es nicht geschafft, gesellschaftliche Ungleichheit und wirtschaftliche Ausbeutung vieler zum Vorteil weniger zu überwinden. Noch immer würden die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher. Weder dem "industriellen Kapitalismus" noch dem "realexistierenden Sozialismus" sei es bisher gelungen, "die drängenden Probleme der Menschheit wie Armut, Hunger, Ausbeutung, Unterdrückung ökonomischer, sexistischer und rassistischer Natur, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und das Fehlen einer real teilhabenden Demokratie zu lösen."

Auch Dieterich muss dabei erkennen, dass das "historische Projekt" von Marx gescheitert ist. Gleichzeitig spricht er den Ideen des Kommunistischen Manifests weiterhin die potenzielle Fähigkeit zu, die angesprochenen Probleme zu überwinden. Nun nämlich, im 21. Jahrhundert, wäre die Menschheit in der Lage, durch die weitgehende Kenntnis über das Funktionieren des Menschen und die Möglichkeiten der Informationstechnologie, diejenigen Hürden zu überwinden, welche zum Ende des Sozialismus sowjetischer Prägung führte.

Das "Neue Historische Projekt" eines "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" besteht dann – so Dieterich – aus vier Elementen: der Äquivalenzökonomie, der direkten Demokratie in einem demokratischen Staat, welcher von "bewussten" Subjekten bewohnt wird. Die beiden zuletzt genannten Elemente begleiten oder folgen den ersten. Würde die direkte Demokratie konsequent umgesetzt, entstünde auch der "wirklich" demokratische Staat, welcher sich zuletzt selbst auflösen müsste (wenn alle herrschen, braucht es auch keine Delegation von Herrschaft). Das "bewusste" Subjekt bilde sich parallel zu einer Demokratisierung der Gesellschaft, es entscheide rationell auf der Grundlage dessen, was für die Gemeinschaft das Beste sei.

Die Kernpunkte des Neuen Historischen Projekts bilden die Äquivalenzökonomie und die direkte Demokratie. Was nun aber ist ein historisches Projekt? Ein solches sei "ein Medium der Bewusstseinsbildung, welches, aus dem Blickwinkel der gesellschaftlich Ausgegrenzten, eine Klarheit des Denkens gegenüber den herrschenden Mythen erzeugt und damit die Bildung des Subjekts des Wandels erlaubt." Dieterich bleibt hier hinreichend ungenau in der Beschreibung dessen, was er meint. Wen be-seelt die "Klarheit des Denkens" und worin bestehen die "herrschenden Mythen" oder die Eigenschaften eines "Subjekts des Wandels". Solche Fragen bleiben of-



fen. Einzig die Rolle der Arbeiterklasse als progressive Kräfte nehmen in der Theorie die "gesellschaftlich Ausgegrenzten" ein: die Armen und Mittellosen der Erde. Anders als die Arbeiter, welche sich durch Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu einer Klasse konservativer Besitzstandswahrer entwickelt hätten, seien es nun die "Entrechteten" und die Bewohner der großen Slums, welche nichts außer ihrer Nachkommenschaft besitzen und damit als die neuen "Proletarier" gelten müssten.

Nur wenn diesen in der direkten Demokratie genauso viel Macht zugewiesen würde wie anderen sozialen Gruppen, wäre eine Gesellschaft wirklich demokratisch. Deutschlands repräsentative Demokratie beispielsweise lehnt Dieterich deshalb ab. Diese "substituiere" die Bevölkerung statt sie zu repräsentieren. Ein Parlament wie der Bundestag bilde nicht eins zu eins alle Einwohner der Bundesrepublik ab und sei deshalb nicht repräsentativ. Wäre sie es, säßen in Reichstag, Bundesrat, Verfassungsgericht und allgemein in der Verwaltung genauso viele Frauen wie Männer, MigrantInnen wie "Einheimische", Behinderte wie Nichtbehinderte, Homosexuelle wie Heterosexuelle, Arme wie Reiche, wie anteilmäßig in der Bevölkerung vorhanden. Demokratie sei nach Dieterich die Summe aller möglichen Varianten, nicht das Produkt weniger konsensualer Meinungen. Eine solche repräsentative Demokratie möchte Menschen abbilden, nicht deren Überzeugungen.

Nun sind die Vor- und Nachteile der direkten Demokratie hinlänglich bekannt und zur Genüge diskutiert. Weniger geläufig sollte das zweite Standbein der neuen sozialistischen Theorie sein: die Äquivalenzökonomie. Aufbauend auf Marx und dem Bremer Arno Peters geht Dieterich davon aus, dass der Wert von Arbeit über die Zeit gemessen wird. Je mehr Arbeitszeit in die Herstellung eines Produktes fließt, desto wertvoller ist es. Unabhängig vom subjektiven Nutzwert (der Nutzen eines Schraubenziehers ist beim Bau eines Regals größer als beim Schneiden von Käse) und dem relativen Tauschwert einer Ware oder Dienstleistung (in Form von Geld oder anderen Waren ähnlichen Tauschwert, abhängig von quantitativen Überlegungen), sei der Wert von Waren oder Dienstleistungen gleich, wenn in ihre Herstellung oder Bereitstellung genauso viel Arbeitszeit geflossen ist. Es ist nach Peters und Dieterich unbedeutend, ob ein Mann acht Stunden am Tag Toiletten geputzt oder eine Frau in derselben Zeit ein mittelständisches Unternehmen geführt hat. Beide arbeiten acht Stunden lang, beide erhalten als Lohn eine Form von Zahlungsmittel, mit dem anderer Leute Arbeitszeit umgerechnet und getauscht und so in andere Waren oder Dienstleistungen konvertiert werden kann. Von den acht Stunden erarbeiteter Zeit ließe sich eine halbe Stunde in einen neuen Haarschnitt investieren oder fünf Minuten für eine Semmel "bezahlen". Für ein Auto müsste man über einen langen Zeitraum Arbeitszeit ansparen, für ein Haus eine Ewigkeit.

Attraktiv und problematisch zugleich ist an dieser Theorie ihre radikale Gleichsetzung menschlicher Arbeit. Sie erweitert die horizontale Maxime vom "gleichen Lohn für gleiche Arbeit" um eine vertikal dimensionierte Forderung nach "gleichem Lohn



für gleiche Arbeitszeit". Die Zeit allein wird zum Maßstab. Egal, ob ein Mensch in Nicaragua oder in Liechtenstein acht Stunden lang arbeitet – sie oder er erhält dieselbe Bezahlung. Alle Menschen sind gleich, alle investierte Arbeitszeit ist gleich. Die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft würde nahezu unmöglich, da äquivalent erbrachte Arbeit keinen Mehrwert produziert. Menschliche Arbeit sei gleich ihrer Vergütung. Jeder Mensch sei dabei ihres oder seines Glückes Schmied. Wer an einem Tag nur drei Stunden arbeiten will, erhält eben nur drei bezahlt. Arbeitet jemand 16 Stunden, wird sie oder er entsprechend entlohnt. Niemand gibt vor. Alles geht, nichts muss.

Eine solche Theorie der äquivalenten Arbeitszeitvergütung hinterfragt radikal einen Großteil unserer traditionellen ökonomischen Paradigma. Hier beginnen die Probleme und stellen sich die Fragen, die dieser Sozialismus beantworten muss, wenn er tatsächlich in unser 21. Jahrhundert passen will. Wie beispielsweise werden Faktoren wie Ausbildung und Verantwortung berücksichtigt? Um das Beispiel von oben aufzugreifen: Die Ausbildungszeit einer Reinigungskraft ist durchschnittlich kürzer, ihre formale Qualifikation geringer als die einer Unternehmensführerin. Auch trägt jemand, der Angestellte und Arbeiter beschäftigt, mehr Verantwortung als ein Mensch, der "nur" Toiletten reinigt oder die Straße kehrt. Werden unterschiedlich schwere Arbeiten auch unterschiedlich entlohnt? Acht Stunden für einen Maurer sind beschwerlicher als dieselbe Zeit am Schreibtisch. Zählt hier nur die Arbeitszeit, wird jeder Unterschied in produktiver und nichtproduktiver, mehr oder weniger körperlich anstrengender Arbeit, gefährlicher und ungefährlicher Tätigkeit nivelliert. Ist das wirklich fair? Soll das die Emanzipation der Entrechteten sein? Was passiert mit Menschen, die aus körperlichen oder Altersgründen nicht mehr oder noch nicht arbeiten können oder sollen wie Kinder und Senioren? Wer organisiert Betreuung, Ausbildung und Pflege? Unsere Antwort wäre: der Staat. Dafür zieht er Steuern und Abgaben ein. Aber wenn jede/ r alles bekommt, was sie oder er erarbeitet hat, wo bleiben dann die Überschüsse? Woher kommen die Mittel, mit denen Ausbildung, Pflege und Betreuung ermöglicht werden?

"In jeder Gesellschaft muss der Produktpreis die Arbeitskosten in unterschiedlichem Maß übersteigen, um eine Spanne für Investitionen, Steuern und vieles andere zu liefern" – so bringt Samuel Brittan in der Financial Times ein Grundprinzip modernen Zusammenlebens auf den Punkt. All das entfiere in der Äquivalenzökonomie. Jede Initiative – sei sie technischer oder sozialer Natur –, die unseren Begriff des Fortschritts ausmacht, wäre zum Scheitern verurteilt. Jeder Weiterentwicklung – selbst solche mit dem Ziel, globale Entwicklungsunterschiede auszugleichen – wäre von Beginn an ein Riegel vorgeschoben.

Auch ließe sich eine solche Wirtschaftsordnung ohne einen modernen (Verwaltungs-) Staat nicht realisieren. Wirtschaft müsste ins Detail geplant, Institutionen aufrecht erhalten werden, die die Verteilung von "Wertmarken" als Zahlungsmittel organ-



isieren. Schließlich müsste jemand überwachen, dass mit der Arbeitszeit kein Schindluder getrieben wird. Wenn nur die reine Arbeitszeit zählt und es gleichermaßen vergütet wird, wenn eine Arbeitskraft in einer Stunde 15 Getriebe montiert oder eine andere lediglich zehn fertigt, wer regelt oder sanktioniert dann unterschiedliche Produktion? Das Kollektiv aus allen Arbeitenden einer Fabrik müsste hier in direktdemokratischen Verfahren eingreifen und Standards setzen – ein zeitintensives und kleinteiliges Verfahren. Zumal solche arbeitsteiligen Fertigungsprozesse schwerlich funktionieren, wenn jede/r selbst für sich entscheidet, wann und wie viel sie oder er arbeitet. Hierarchien und Vorgaben bleiben also notwendig, um systembedingte Verteilungs- und Arbeitsprozesse zu gewährleisten. Wenn es aber Hierarchien, Vorgaben und staatliche Strukturen weiterhin geben muss, lassen sie sich nicht auflösen, wie es der "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" fordert. Eine *contradictio in adiectio*.

Was aber bleibt dann von dieser Form des Sozialismus? Nicht viel, muss man konstatieren. Auch wenn in der Idee der Äquivalenzökonomie ein gut gemeinter Kern steckt, ist sie doch nicht bis ans Ende gedacht. Die reine Gleichmachung von Arbeitszeit bringt noch lange nicht die soziale oder wirtschaftliche Gleichheit. Schon gar nicht hält sie Möglichkeiten der Innovation und des Anreizes bereit. "Das ethische Argument" der ökonomischen Ungleichheit auf der Erde "zielt doch in Wahrheit nicht darauf ab, dass es eine Kapitalrendite gibt, sondern dass sich der Kapitalbesitz so stark konzentriert", schreibt Samuel Brittan. Diese Erkenntnis gilt als einer der Grundpfeiler sozialdemokratischer Theorie. Und hierin besteht auch das dringendste Problem, das es zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu lösen gilt. Zusammen mit dem *Kapital* können wir nun getrost auch Dieterichs Buch zurück in die Schublade legen.

AK Wiso

Treffen des AK Wiso zum Thema Gewerkschaften am 25. April 2012

von Fabian Wendt - Gerade für unsere Neuzugänge hätte das Thema nicht passender sein können. In der April Sitzung des Arbeitskreises Wirtschaft und Soziales beschäftigten wir uns mit dem großen Thema Gewerkschaften und konnten dafür die Jugendreferentin des DGB Sandra Schneider gewinnen, die uns besonders über die Ausbildungssituation und den Arbeitsmarkt für junge Menschen in Sachsen informierte. Dass da zwei neue Jusos mit am Tisch saßen, die mit uns ihre eigenen Erfahrungen mit Berufsschule und Ausbildung teilen konnte, brachte die Diskussion immer schnell wieder auf den gefühlten Lebensalltag zurück, wenn man sich zu sehr in den nüchternen Statistiken zu verlieren drohte und war für alle ein Gewinn.

Mit dem "Ausbildungsreport" des DGB gab uns Sandra einen Rundumschlag zum



Stand der Dinge in den vielen Branchen der sächsischen Auszubildenden. Sie konnte gutes berichten, über das allgemein ausgewogene Verhältnis von Ausbildungsplätzen und Ausbildungssuchenden und den Finger in die Wunde legen, bei der desolaten Lage in Hotel- und Gastronomieberufen. Nirgends sonst ist die Situation der Auszubildenden so hart, werden Ausbildungsverträge kaum eingehalten und Überstunden unter den Tisch fallen gelassen, ist die Zufriedenheit der Azubis so gering bei ausbeutenden Arbeitszeiten, die oft dem Jugendarbeitsschutzgesetz widersprechen. Anlass genug, für die Jusos rege zu werden!

Unterbezirkskonferenz

Wir wollen doch nur tanzen



von Henriette Winkler - Am Samstag, den 21. April 2012, trafen wir Jusos uns zur ersten Unterbezirkskonferenz in diesem Jahr im Herbert-Wehner-Saal in der Landesgeschäftsstelle. Auf der Tagesordnung befanden sich neben den Wahlen für die Delegierten zur Landesdelegiertenkonferenz (LDK) Ende Juli auch viele verschiedene Anträge, die diskutiert und mit einem Votum versehen werden sollten. Dabei ging es um vielfältige Themen, zum Beispiel den Nichtraucher innenschutz an Haltestellen der DVB oder um das Wohnen in Asylbewerberheimen. Als Eyecatcher gab es auch Anträge zum Tanzverbot an verschiedenen überwiegend christlichen Feiertagen oder zum Entern der Piratenpartei. Die Jusos, darunter auch die, die den Weg zu uns erst das erste Mal gefunden hatten, brachten sich lebendig in die Debatten ein. Dieses Mal wurde von unserer Seite auch eine Kinderbetreuung durch Anastasia (Danke!) angeboten, welche durchaus in Anspruch genommen wurde. Die Wahlen zu unserer Delegation für die LDK zwischen den Antragsberatungen benötigten zwei Wahlgänge auf Grund vieler interessierter Jusos. Weiterhin wurden Caro und Basti aus dem Landesvorstand der Jusos Sachsen für den Bundeskongress (BuKo) nominiert. Die Beschlüsse der Unterbezirkskonferenz könnt ihr auf unserer Internetseite unter <http://www.jusos-dresden.de/index.php?nr=6536&menu=1> herunterladen.

Redaktion

Liebe Jusos,

bei Fragen und Änderungs- bzw. Verbesserungsvorschlägen könnt ihr euch gerne an uns unter AnastasiaBass@gmx.de oder spd@mathiasrudolph.de wenden. Anson-



sten hoffen wir auf eure rege Mitarbeit und freuen uns schon sehr auf die nächsten Beiträge.

Mit vielen Grüßen
Anastasia und Mathias

Redaktionsschluss: 25. Mai 2012

